

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Das europäische Gleichgewicht: Überblick über das weltpolitische Gleichgewicht

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1963) : Das europäische Gleichgewicht: Überblick über das weltpolitische Gleichgewicht, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 43, Iss. 1, pp. 4-12

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133273>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das europäische Gleichgewicht

Überblick über das weltpolitische Gleichgewicht

Der indische Ministerpräsident Nehru hat wiederholt darauf hingewiesen, daß das Kardinalproblem unserer Zeit nicht die Ost-West-Gegensätze seien, sondern der Widerspruch zwischen den reichen, produktionsstarken Ländern der nördlichen gemäßigten Zone und den armen, ausgebeuteten Ländern weiter im Süden, die notorisch hinter der Dynamik der fortgeschrittenen Nationen herhinken und noch immer nicht über das „know how“ verfügen, um mit ihrem Schicksal fertig zu werden.

Wie so oft hat Nehru auch hier nur eine halbe Wahrheit ausgesprochen. Wir werden noch darauf zurückkommen. Und dennoch lohnt es sich, diesen Hinweis an den Anfang unserer Betrachtung zu setzen. Denn es ist von fundamentaler Bedeutung, daß die EWG — zusammen mit einigen anderen bevorzugten Staaten — auf der Sonnenseite des Erdballs siedelt, so sehr uns die Meteorologie auch eines Besseren belehrt.

Die geographischen Bedingungen sind denkbar günstig für eine Aktivität sondergleichen. Da der werktätige Mensch Westeuropas von mörderischen Trocken- oder Regenzeiten verschont bleibt, hat er es verstanden, sich auf der Grundlage einer äußerst vorteilhaften Kombination von Klima und Bodenschätzen einen Anteil von mehr als 25% am Nettoproduktionswert der Erde zu sichern, während der afrikanische Kontinent nur mit 2%, Lateinamerika mit 5% und das volkreiche Asien mit 11% partizipieren. Umgerechnet auf den Pro-Kopf-Anteil der Bevölkerung öffnet sich die nord-südliche Lücke noch weiter. Setzt man den Weltdurchschnitt gleich 100, dann weist Westeuropa 234 Punkte, Afrika hingegen nur 30 und Asien sogar nur 21 Punkte aus. So gehört Westeuropa eindeutig zu den „haves“, die über eine starke Kapitalausstattung,

eine ausreichende Ernährung ihrer Bürger, eine hohe Lebenserwartung und eine Vielzahl weiterer Vorteile verfügen.

Aus dieser Überlegung sollte man die erste Reserve an Optimismus anreichern, wenn Westeuropa sich über seine weitere Zukunft im sozialen und wirtschaftlichen Kampf ums Dasein in der Familie der Völker klarwerden will.

Den Fortschritt am Pegel der anderen messen!

So beruhigend es auch sein mag, sich den aus einer langen und gewiß nicht leichten Entwicklung erwachsenen hohen Standard Westeuropas im Weltmaßstab zu vergegenwärtigen, so fordert die Zukunft wie die Gegenwart doch mehr von uns. Wir müssen immer wieder unseren Fortschritt am Pegel jener anderen Wirtschaftsräume messen, die mit uns in der bevorzugten Zone der nördlichen Hemisphäre vereinigt sind. Und wir müssen in einem tieferen Sinne Ort und Funktion ausmachen, die uns in der Zuordnung zu diesen anderen Mächten zugewiesen sind.

Die Giganten

Wenn wir das unternehmen, dann müssen wir uns zunächst von dem üblichen Bilde freimachen, das seit langem die öffentliche Meinung beherrscht: das Bild von den zwei Giganten — den USA und der Sowjetunion —, die sich auf einsamer Höhe gleich erratischen Blöcken gegenüberstehen und es für jede sonstige Macht oder Mächtegruppierung lächerlich machen, an eine vergleichende Betrachtung zu denken. Hat man dieses Tabu hinter sich gelassen, dann hat man plötzlich die Freiheit, einmal von jener zentralen Achse aus die Lage zu überdenken, die mitten in Europa das westliche vom östlichen Europa trennt.

Dann steht Westeuropa Osteuropa gegenüber, und als Kern des einen hat die EWG zu gelten, als Kern des anderen aber die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Beiden Mächten sind in Europa eine ganze Reihe von Staaten auf die eine oder andere Weise zugeordnet. Im Westen sind es jene Länder, die zwar nicht dem Verband der EWG angehören, aber diesem Staatenbund durch eine unendliche Vielfalt kultureller und wirtschaftlicher Fäden verbunden sind. Im Osten sind es die Länder im ostmitteleuropäischen Vorfeld der großen Macht, an sie durch andere, wenn auch nicht weniger wirksame Verbindungen gekettet. Nun erhebt sich im Rücken Europas eine andere Konstellation zweier Giganten, die in spezifischer Weise diesen Namen tatsächlich verdienen — die USA und die Volksrepublik China.

Die Zukunft bringt neue Entwicklungen

Es fällt gewiß schwer, die weltgeschichtliche Geographie unserer Tage in diesem Bilde zu sehen. Aber wenn wir eine Generation weiter in die Zukunft hineindenken, dann müssen wir uns vielleicht daran gewöhnen, daß neue Entwicklungen, die zunächst nur einen regionalen Charakter zu haben scheinen, zunehmend globales Ausmaß annehmen und den Beteiligten die Bereitschaft abfordern, sich diesen Herausforderungen zu stellen und die Verantwortung zu übernehmen, die sie heute noch zu verleugnen versuchen. Als Anfang der fünfziger Jahre die Montanunion geschaffen wurde, da dachte kaum jemand darüber nach, daß dieser Schritt nicht nur die Karte Europas, sondern auch die Konstellation der Weltzusammenhänge verändert hatte. Und als man im Sommer 1955 in Messina, im darauffolgenden Jahr in Venedig und schließlich im März 1957 in Rom zusammenkam, waren es nur wenige, die den vielfältigen Konsequenzen ins Auge sahen.

Vergleich der Potentiale

Heute dagegen ist es bereits gang und gäbe, das wirtschaftliche und bevölkerungspolitische Potential der Sowjetunion mit dem der EWG-Länder zu vergleichen. 170 Millionen Menschen in der Gemeinschaft der Sechs, 219 Millionen in der UdSSR; 73 Mill. t Stahl hier im Westen, 65 Mill. t dort; 264 Mrd. kWh Elektroenergieproduktion in der EWG, 292 Mrd. kWh in der Sowjetwirtschaft; 62 Mill. t Zement hier, 46 Mill. t dort. An „harten“ Gütern halten sich die beiden Mächte im Durchschnitt die Waage. Nicht weniger bedeutend ist, daß sich auch die jährlichen Wachstumsraten der Industrieproduktion in bemerkenswerter Weise angeglichen haben.

Krise im kommunistischen Lager

Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als sie zeitlich mit Krisenerscheinungen im kommunistischen Lager zusammenfällt, die von weitreichender weltpolitischer Bedeutung sind. Jetzt zeigt sich, daß die Sowjetunion und ihre Satelliten keineswegs nur allein deswegen gegen Krisen gefeit sind, weil sie einer sozialistischen Wirtschaftsordnung den Vorzug geben. Nicht nur in der Landwirtschaft ist die Produktion ungenügend, sondern die Krise macht sich auf allen Sektoren der Erzeugung bemerkbar, so daß heute schon die Grundsätze der Wirtschaftsordnung in Frage gestellt sind und der Ruf laut wird, von der Wirtschaft der freien Welt zu lernen und sich nicht zu scheuen, selbst auch strukturelle Kompromisse einzugehen. Man versucht auch, den Handel mit der sogenannten kapitalistischen Welt zu forcieren, und hofft hier und da im kommunistischen

Lager auf Kredite und andere Vergünstigungen von seiten des westlichen Europa.

Über diese Fragen ist es schon in den Führungsgremien z. B. der SED zu scharfen Kontroversen gekommen. Die Lage wird noch verschärft durch die tiefgreifende Wirtschaftskrise Chinas und durch den Bruderstreit, der zwischen Peking und Moskau ausgebrochen ist. Damit bricht die Fiktion zusammen, daß kommunistisch regierte Staaten immer und von Natur aus brüderlich zusammenstehen müssen und nicht voneinander zu trennen sind. Wer weiß — diese Frage erhebt sich angesichts dieser Erfahrung — welche Risse und Widersprüche die Zukunft auch im europäischen Bereich des kommunistischen Blockes in ihrem Schoße verborgen hält?

Unter dem Eindruck dieser Entwicklung ist es nicht zu verwundern, daß die Kommunisten mit großer Aufmerksamkeit die Fortschritte der EWG verfolgen. Zwie-spältige Gefühle quälen die Beobachter. Schon ist eine weitreichende, grundsätzliche Auseinandersetzung darüber ausgebrochen, wie man die Stärke der Europäischen Gemeinschaft und ihre weitere Entwicklung zu beurteilen hat.

Während auf der Konferenz der kommunistischen Wirtschaftswissenschaftler, die sich im September 1962 in Moskau mit den Problemen der EWG beschäftigte, die Vertreter der französischen KP den offenen Kampf gegen die EWG verlangten und ein völlig verzerrtes Bild von der Gemeinschaft gaben, stellten sich die italienischen Kommunisten auf einen ganz anderen Standpunkt. Senator Sereni erklärte die französische Haltung

„nicht nur für falsch, sondern für schädlich und reaktionär“. Der Streit trennte jedoch auch die sowjetischen Wissenschaftler in zwei Lager. Der bekannte Nationalökonom Varga lag auf der Linie der Franzosen, Akademiestmitglied A. A. Arsumanjan schloß sich der Meinung der Italiener an. Dabei war er sogar bereit, das alte marxistisch-leninistische Urteil aufzugeben, daß der Kapitalismus immer notwendig auch eine Verelendung des Proletariats und einen Rückgang des Lebensstandards mit sich bringt.

Vielleicht noch wichtiger ist es, daß heute eine starke Gruppe im kommunistischen Lager in der EWG die logische Konsequenz der gesamten historischen Entwicklung in Westeuropa und keineswegs in erster Linie „eine Verschwörung der europäischen Monopole unter dem Befehl Washingtons“ sieht und Chruschtschow im vorigen Herbst in der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ Äußerungen gemacht hat, die auf seine Bereitschaft schließen lassen, eine Zusammenarbeit zwischen COMECON und EWG einzuleiten.

Die Stunde der Politiker

Das ist die Stunde der Politiker. Mögen die Militärs mit gutem Recht zur Vorsicht mahnen und die Wirtschaftler mannigfache Probleme sehen, der Politiker ist gehalten, noch andere Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Er muß Europa, und zwar Gesamteuropa, als Aufgabe sehen. Und er muß wissen, daß der Eiserne Vorhang auf lange Sicht kein endgültiger Limes zu sein braucht, sondern daß das weltgeschichtliche Ringen um den Raum zwischen der Ostgrenze der EWG und der Westgrenze Rußlands mit

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061
37 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

friedlichen Mitteln in dem Maße zunimmt, in dem die Europäische Gemeinschaft ihre Stärke und Anziehungskraft weiter entwickelt und die Krisen des kommunistischen Systems auf der Tagesordnung bleiben.

Dynamische Entwicklungen können positive und negative Vorzeichen haben. Dabei können günstige Kombinationen immer wieder auch

neue Konstellationen bewirken. Das bedeutet keineswegs, an eine „ewige Feindschaft“ gegenüber Rußland zu denken. Warum sollte dieses großartige Land nicht eines Tages zum übrigen Europa, das sich langsam zusammenschließt, in dasselbe gute Verhältnis eintreten, wie das heute in den Beziehungen Amerikas zu unserem Kontinent der Fall ist? (W.H.)

Europa muß flexibel bleiben

Für uns ist die EWG eine politische Notwendigkeit, und bei allen Umstellungsnöten und Übergangsschwierigkeiten gilt sie als wirtschaftlich sinnvoll. Wir wollen sie festigen und ausweiten.

Die Macht der EWG, ein Alptraum . . . ?

In den Entwicklungsländern werden den Stimmen der Sorge darüber laut, ob hier nicht ein neuer Koloß an Industriemacht entsteht, dessen monopolistisches Übergewicht zu „neokolonialistischen“ Erpressungen mißbraucht werden könne. Europäische Zuhörer dieser Besorgnisse weisen im allgemeinen darauf hin, daß die Einigung Europas nicht aufzuhalten sei. Nach ihrer Vollendung könne sie natürlich wie jede „gute Sache“ mißbraucht werden, das sei aber nicht mit Sicherheit zu erwarten. Die im Grunde positive Stellungnahme der italienischen Kommunisten wird oft als Argument dafür ins Feld geführt, daß man keine voreiligen Schlüsse ziehen sollte.

. . . oder Wunschtraum?

Wer aber davon träumt, daß die EWG einen dritten „Block“ zwischen den USA und der Sowjetunion bilden könne, dem eigenes politisches und wirtschaftliches Gewicht zukomme, der verstärkt die überseeischen Besorgnisse vor einer künftigen ökonomischen Aggressivität und politischen „Dynamik“ Europas. Liegt der Akzent der EWG auf einem Großraumprotektionismus und nicht im Gegenteil auf dem Wunsch zur Überwindung wirtschaftlicher und politischer Grenzen? Bildet die EWG einen

Markstein auf dem Wege zu einer Wiederherstellung der freien Weltwirtschaft, oder ist sie ein neuer unhandlicher Block, der zusätzliche internationale Komplikationen schafft?

Die Fragen zeigen, in welcher Richtung man argumentieren könnte. Man könnte etwa sagen, daß die EWG durch britische, irische und skandinavische Beitritte weniger „blockartig“ als vielmehr flexibler zu werden verspricht. Es scheint demnach, daß es in Europa nicht auf die Bildung eines Blocks, sondern auf die Auflockerung der Fronten ankomme.

Oder soll man ein „starkes Europa“ auch dann wollen, wenn durch seine Gründung der Eiserne Vorhang undurchdringlicher gemacht wird, wenn jede Manövrierfähigkeit erlahmen wird, wenn etwa Jugoslawien wieder fester an die Sowjetunion gekettet wird, wenn dann auch eines Tages Leipzig und Magdeburg von der EWG her als Ausland gelten?

Eine realpolitische Lösung

Das amerikanische Interesse an der EWG scheint nicht nur darauf zu zielen, die Wirtschaftspolitik gegenüber der Sowjetunion zu koordinieren. Amerika will sicher nicht einen stabilen wirtschaftlichen Block zwischen sich und die Sowjetunion setzen, sondern im Gegenteil eine flexible atlantische Wirtschaftsgemeinschaft entstehen lassen, die zuerst für Österreich und Finnland, später für Polen und Jugoslawien und letztlich für die Sowjetunion und die Tschechoslowakei ein attraktiver Partner ist.

Derartige Möglichkeiten bleiben ausgeschlossen, wenn das „Blockdenken“ an den Anfang aller Erwägungen gestellt wird. Der Wunsch, „wieder groß“ oder sogar „noch größer“ zu werden, sollte nicht Vater der EWG-Politik sein. Sie sollte dazu dienen, das Gegen-einander- oder im Gleichgewicht-Großwerden zu verhüten und die Wirtschaftsnationalismen zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zu formen. Sie sollte vom Zwang sachlicher Vernunft her dazu beitragen, die Spaltung der Welt in wenige Machtblöcke zu überwinden. Die EWG-Politik darf nicht gegen die Sowjetunion und nicht gegen die Entwicklungsländer, schon gar nicht gegen die USA gerichtet sein. Sie sollte die Basis für ein multilaterales Zusammenleben im Sinne der Vereinten Nationen bilden, in dem die Ausschaltung kleiner Streitigkeiten die Hilfe für schwächere Mitglieder der Völkergemeinschaft erleichtert, jedoch keineswegs dem protektionistischen Eigennutz der Starken dient. (-ff-)

FRANKREICH glaubt an eine europäische Mission

Schon lange gehört es zu den politischen Vorstellungen General de Gaulles, über die europäische Einigung zu einem neuen Gleichgewicht in der Weltpolitik zu gelangen. Wenn er sich in Abkehr von seiner eigenen Tradition so entschieden für den europäischen Zusammenschluß einsetzt, dann geschieht es hauptsächlich in dieser Perspektive, natürlich verbunden

mit der Erkenntnis, daß die alten europäischen Nationalstaaten allein keine Rolle mehr zu spielen vermögen.

De Gaulles weltpolitische Ziele und Träumereien

Der französische Präsident war sogar mitunter der Versuchung ausgesetzt, Europa in eine dritte Kraft zu verwandeln, in einen selbständi-

gen Machtblock zwischen der Sowjetunion und den USA. Von diesem Gedanken kam er inzwischen wieder ab, wenn er ihn vielleicht auch persönlich nicht ganz fallen ließ, hauptsächlich weil er hiermit in seinem eigenen Lande auf erheblichen Widerstand stieß und es außerdem für Europa höchst unrealistisch wäre, sich von Amerika irgendwie zu trennen. Für lange Zeit muß diese Priorität der westlichen Solidarität anerkannt werden. General de Gaulle besitzt allerdings die Eigenart, mitunter noch weiter vorausdenken zu können. Sein Europa der dritten Kraft ist so in Beziehung zu setzen zu seiner Idee eines Europas vom Atlantik zum Ural, falls eines Tages der Konflikt mit China der Sowjetunion das europäische Bewußtsein zurückgibt.

Seine Sorgen um Europa

Was die unmittelbare politische Wirklichkeit betrifft, besteht in Frankreich eine weitgehende Übereinstimmung in dem Wunsch, daß ein geeintes Europa innerhalb der atlantischen Allianz — mit oder ohne Großbritannien — als gleichberechtigter Partner der USA in Erscheinung tritt. Sofern von einem internationalen Gleichgewicht in Zusammenhang mit der europäischen Einigung die Rede ist, wird es weniger weltpolitisch verstanden als innerhalb des westlichen Lagers. Dahinter verstecken sich allerdings gewisse weltpolitische Befürchtungen. Frankreich, die Re-

gierung ebenso wie die Opposition, ist davon überzeugt, daß die USA und die Sowjetunion einem Tête-à-tête zustreben und versucht sein könnten, die großen Fragen allein, ja sogar auf Kosten Europas zu regeln.

Die europäischen Staaten müßten daher alles unternehmen, um sich ein Mitspracherecht zu sichern. In diesem Punkte wächst die angestrebte europäische Eigenpersönlichkeit über den westlichen Solidaritätsrahmen hinaus, mit dem Bestreben, Europa bei einer grundlegenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlung mehr als ein indirektes Mitspracherecht zu sichern. Niemand zweifelt daran, daß Europa durchaus in der Lage ist, sich entsprechend durchzusetzen, wenn es seine nationalen Schatten überspringt und sich dazu entschließt, eine weltpolitische Verantwortung zu übernehmen.

Eine Beteiligung Großbritanniens erscheint hierfür weniger unentbehrlich als die Herauskristallisierung eines echten politischen Willens innerhalb der Partnerstaaten des Gemeinsamen Marktes. Einigen von ihnen wirft die französische Diplomatie vor, allzu merkantilistisch zu denken und allzugern die weltpolitische Verantwortung den USA zu überlassen. Dieser Vorwurf gilt vor allem Holland und Belgien, während man gegenüber Italien Zweifel hegt. Es könnte allzusehr mit sich selbst beschäftigt sein und sich zusätzlich mit einigen unter-

geordneten Kombinationen, vor allem im Mittelmeerraum, begnügen. Dies erklärt das starke Bemühen General de Gaulles um die deutsch-französische Solidarität. Die Bundesrepublik kann sich nur schwer der weltpolitischen Verantwortung entziehen, selbst wenn sie es nach französischer Ansicht auch gern täte. Der deutsch-französische Kern wird benötigt, um die Grundlage für eine selbständige europäische Persönlichkeit zu schaffen.

Die wirtschaftlichen Chancen eines geeinten Europas

Es gehört ferner zu den Bestrebungen der französischen Politik, den europäischen Minderwertigkeitskomplex zu bekämpfen. Deshalb sollten die Länder des Gemeinsamen Marktes bei vernünftiger Ausnutzung ihres Wirtschaftspotentials nicht in der Lage sein, auf allen Gebieten die gleichen Ergebnisse zu erzielen wie die USA oder die Sowjetunion? Das Gewicht des Gemeinsamen Marktes wird augenblicklich von der Außenwelt viel stärker empfunden und viel richtiger gewürdigt als von seinen eigenen Mitgliedern. Europa besitzt sehr wertvolle Trümpfe, nicht zuletzt dank seiner Assoziierung mit Afrika. Es besteht keine Veranlassung, sie nicht in geeigneter Form weltpolitisch auszunutzen.

Nicht die geringsten Zweifel bestehen an den wirtschaftlichen Möglichkeiten eines geeinten Europas, wobei man sich hierfür um die

Ein Gespräch zählt mehr als 100 Briefe



Internationale Frankfurter Messe

17. — 21. Februar 1963

Auf der Internationalen Frankfurter Frühjahrsmesse haben Sie Gelegenheit, mit ca. 3000 marktbedeutenden Ausstellern aus dem In- und Ausland ins Gespräch zu kommen. Im direkten, vertraulichen Kontakt mit interessanten Anbietern können Sie sich über neue Entwicklungen, über modische Tendenzen, über Lieferfristen und Zahlungsbedingungen gründlich unterrichten. Das persönliche Messegespräch verschafft Ihnen ein Höchstmaß an aktueller Information und an Marktübersicht. — Sie wissen mehr und können Ihre Dispositionen sicherer treffen, wenn Sie die Internationale Frankfurter Frühjahrsmesse besuchen. Messe-Ausweise im Vorverkauf billiger!

etwaige britische Beteiligung noch weniger sorgt als im politischen Bereich. Die breite französische Öffentlichkeit betrachtet es als selbstverständlich, daß der Gemeinsame Markt als gleichberechtigter Wirtschaftspartner mit den USA verhandelt, dem Ostblock entgegentritt oder seine Rolle in Südamerika sowie ganz allgemein in der Entwicklungshilfe spielt. Niemand hält es für erforderlich, eine Untersuchung anzustellen, ob der Gemeinsame Markt innerlich stark genug ist, um auf die Dauer einer derartig umfassenden Aufgabe gerecht zu werden. Die Antwort auf diese Frage steht für alle von Anfang an fest.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft muß natürlich um Vollbeschäftigung und ständige Expansion bemüht sein. Die Kraft ihrer Dynamik hängt nach französischer Überzeugung nur von ihrem eigenen wirtschaftspolitischen Willen ab. Alle anderen Voraussetzungen sind restlos gegeben. Eine Bestätigung findet die These in dem zunehmenden amerikanischen Bemühen um eine engere Zusammenarbeit mit Europa. Handels- und währungspolitisch haben sich die Rollen vertauscht. Die USA sind nunmehr in einem nicht zu unterschätzenden Ausmaße auf die europäische Unterstützung angewiesen. Selbstverständlich braucht dies kein Dauerzustand zu sein. Die vernünftigen Beobachter sind sich auch der weiteren starken Abhängigkeit des europäischen Wohlstandes von der amerikanischen Konjunktur im klaren. Um so dringender bestehen sie auf einer zielbewußten und einheitlichen europäischen Wirtschaftspolitik, wobei das Schwergewicht nicht auf kurzfristigen Entscheidungen, sondern auf langfristiger Vorschau liegt.

Nicht frei von nationalen Empfindlichkeiten

Allerdings mangelt es auch nicht an Widersprüchen. Frankreich will zwar Europa eine starke Eigenpersönlichkeit geben, es ist aber nicht ganz frei von nationalen Empfindlichkeiten und Wünschen. Es entsteht so allzu leicht der Eindruck, daß für de Gaulle Europa je nach dem Augenblick eine doppelte

Rolle zu spielen hat. Die eine entspricht dem Ideal der europäischen Einheit und dem sich hieraus ergebenden Gemeinschaftsgeist, die andere wäre aber viel weniger schön, denn Europa könnte von de Gaulle als Werkzeug für seine eigene Machtpolitik benützt werden. Es ist klar, daß die zweite Rolle der Vergangenheit angehört und von den verantwortlichen politischen Kreisen Frankreichs als Verirrung angesehen wird. Der französische Präsident ist realistisch genug, um sich im entscheidenden Augenblick von seinen traditionellen Träumereien, die er sich als Privatmann zweifellos mitunter noch gern leistet, nicht beeinflussen zu lassen.

GROSSBRITANNIEN: Von der Zollunion zur politischen Union

London, den 7. 1. 1963

Man kann nun nicht gerade sagen, daß die Engländer über den Verlauf der Brüsseler Verhandlungen begeistert sind. Die wirtschaftlichen Hindernisse werden jedoch langsam aus dem Weg geräumt, und die ausgehandelten Bedingungen für Englands Beitritt erweisen sich, wenn nicht gerade als vorteilhaft, so doch zumindest als annehmbar. Aber es wird allmählich auch dem Laien klar, daß es sich hier um mehr handelt als um eine Zollunion, nämlich um eine Wirtschaftsunion, die — mit oder ohne Großbritannien, über eine Föderation oder Konföderation — früher oder später zu einer politischen Union führen muß.

Bewunderung und Mißtrauen

Die Dynamik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erregt die Bewunderung des Engländers, aber auch sein Mißtrauen, und er fragt sich, was denn England alles an politischer und wirtschaftspolitischer Selbstständigkeit dem neuen Gebilde zu überantworten hat, das nach den Vorstellungen mancher Europäer eine dritte, den USA und der Sowjetunion ebenbürtige Weltmacht werden soll. Die Idee, daß Großbritannien, nachdem es sich seit dem Kriege unter großen Mühen und Kosten seiner Empire-

Nicht zuletzt aus diesem Grunde unterstützte Frankreich bisher alle europäischen Entscheidungen, die die Eigenpersönlichkeit des Gemeinsamen Marktes nach außen hin stärken, selbst wenn sie, der Grundtheorie General de Gaulles widersprechend, die nationale Souveränität wesentlich einschränken. Dies gilt zweifellos für die gemeinsame Agrarpolitik. In gleicher Richtung läuft die gemeinsame Handelspolitik sowie das Bemühen um eine europäische Währungsunion. Innerlich entschied sich Frankreich ohne Zweifel — die öffentliche Meinung viel stärker und eindeutiger als General de Gaulle — für die europäische Mission und gegen die Nationalpolitik. (fr.)

Verbindlichkeiten entledigt hat, nun neue weitreichende Verpflichtungen zugunsten einer zur Zeit noch recht nebelhaften Vorstellung von der Gestaltung Westeuropas eingehen soll, erscheint ihm einfach phantastisch.

Anspruch auf Weltmachtstatus?

Der Status einer Weltmacht erfordert eine starke Zentralgewalt, wie sie in der Wirtschaftsgemeinschaft noch nicht besteht, und diese wiederum bedarf nach englischer Vorstellung ständiger parlamentarisch-demokratischer Kontrolle, für die einstweilen nicht einmal die technischen Voraussetzungen bestehen. Die führenden Länder der Gemeinschaft werden von älteren Staatsmännern regiert, deren eigenwillige autoritäre Methoden dem britischen Beobachter als Negation parlamentarischer Demokratie erscheinen und starke Zweifel an der inneren Stabilität und Kontinuität ihrer Regime erwecken. Ein Anspruch auf Weltmachtstatus erfordert auch, wie man in England aus eigener Erfahrung nur zu gut weiß, immense Ausgaben für nukleare Fernwaffen, die schnell veralten, regelmäßig ersetzt und auf lange Sicht vorgeplant werden müssen. Der Besitz solch kostspieliger Waffen würde Westeuropa aber noch immer nicht Gleichheit mit den USA

sichern, weil die Nachbarschaft mit dem Ostblock besondere Probleme schafft. Die Wirtschaftsgemeinschaft bliebe doch auf den atlantischen Bundesgenossen angewiesen, könnte ihn wohl finanziell und militärisch entlasten und entsprechende Berücksichtigung ihrer spezifischen Interessen erwarten, aber kaum eine wirklich unabhängige Politik gegenüber dem Osten betreiben.

Englands Beitritt zur Wirtschaftsgemeinschaft erfordert, wie seine Befürworter und Gegner gleichermaßen anerkennen, auf alle Fälle ein gewisses Maß von britischer Identifizierung mit den Interessen Kontinentaleuropas, selbst wenn sie nichts mit Englands eigenen Belangen zu tun haben. Gegenüber dem Ostblock brauchten weder Großbritannien noch die kontinentalen Mitglieder der EWG eine andere Politik zu betreiben, als ihnen bereits auf Grund des Nordatlantik-Bündnisses obliegt.

Sorge um Neokolonialismus

Was die blockfreien Überseeländer anbetrifft, so würde England aber als Mitglied eines Europa-blocks, auch wenn ihm europäische Neutrale angegliedert sind, in den farbigen Commonwealth-Staaten bei allem Verständniss für seine wirtschaftlichen Nöte unweigerlich den Verdacht „neokolonialistischer“ Machtpläne auslösen, während sich die weißen Commonwealth-Länder für den Fall des britischen Beitritts zum Gemeinsamen Markt ausdrücklich ihre Handlungsfreiheit vorbehalten haben. Das Argument, daß die Wirtschaftsgemeinschaft und das Commonwealth in Ziel und Struktur so verschieden sind, daß Großbritannien beiden ohne Beeinträchtigung des anderen angehören kann, ist bislang nicht bewiesen.

Die europäische „dritte Macht“ müßte gewärtigen, in Afrika, dem Nahen Osten und Südasien zu Recht oder Unrecht auf ähnlichen Argwohn zu stoßen wie Washington in Lateinamerika, es sei denn, daß der Wunsch nach Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung von vornherein in vollem Umfang respektiert wird. Deshalb legen die britischen Unter-

händler in Brüssel so großen Wert darauf, daß, wenn die Commonwealth-Prioritäten aufhören, diese sofort durch Weltrohstoffabkommen abgelöst werden. Ebenso wünscht man in London, daß durch Englands Beitritt nicht ein Vakuum für die anderen europäischen Außenseiter der Wirtschaftsgemeinschaft entsteht, sondern ihre Stellung sofort präzisiert wird.

Befriedigender Beginn

In anderer Hinsicht neigt man aber in England dazu, künftige Probleme hinsichtlich des Verhältnisses zu äußeren Mächten nicht vorwegzunehmen. Nachdem die Zollunion der Sechs erfolgreich arbeitet, sind die ersten Schritte zu einer einheitlichen monetären Politik und einer Einheitswährung bereits erfolgt. Die Idee, gemeinsame Währungsreserven einzurichten, liegt auf der Hand. Auf dem Gebiet der Energie- und Atompolitik, in den Verträgen von Paris und Rom zunächst überhaupt nicht erwähnt, gibt es ebenfalls Ansätze zur Zusammenarbeit. Es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß das Beispiel der Kohle- und Stahlunion zu ähnlichen übernationalen Syndikaten in anderen Wirtschaftszweigen, die an Überkapazität leiden, führen wird. Die Agrarverhandlungen haben gezeigt, wie ähnlich die Probleme in den verschiedenen Ländern sind und es sich oft im Grunde nur

darum handelt, die technischen Methoden zu ihrer Lösung auf einen Nenner zu bringen.

Wie eine Zollunion unvermeidlich zu einer Wirtschaftsunion führt, so müssen ähnliche Taktiken und Praktiken auch zu ähnlicher Strategie und Politik führen. Die Befürworter britischer Mitgliedschaft in der Wirtschaftsgemeinschaft glauben deshalb, daß die ersten Schritte der Zusammenarbeit fast automatisch zu einer vollen Union führen werden, und wenn dabei auch der Wunsch Vater des Gedanken sein mag, so pflichten ihnen doch weniger parteiische Beobachter insofern bei, als sie die heißen Eisen der rein politischen Probleme etwas abkühlen lassen wollen, bevor sie sie aufgreifen.

Westeuropas Stellung in der Welt wird schließlich maßgeblich von seiner innenpolitischen und wirtschaftlichen Kraft abhängen, von der Freiheit, Demokratie und Stabilität seiner Institutionen, von der Bewältigung innerer Spannungen ebenso wie von seiner Fähigkeit, zur Lösung von Weltproblemen, insbesondere in den unterentwickelten Kontinenten, beizutragen. Es wäre tragisch, wenn das wirtschaftlich wiedererstarke Westeuropa seine Weltgeltung verspielen würde, indem es sich zu sehr auf innereuropäische Interessen konzentriert. (A.)

ITALIEN: Freizügigkeit für die EWG

Auf der Ministerkonferenz in Messina im Jahre 1955 wurde die Idee eines europäischen „Gemeinsamen Marktes“ entwickelt, die dann 1957 in den „Rom-Verträgen“ konkrete Gestalt annehmen sollte. Es ist kein Zufall, daß beide Male die Verhandlungen auf italienischem Boden stattfanden. War doch damals die italienische Regierung angesichts der aufkommenden Bedrohung durch den Ostblock, aber auch im Hinblick auf die schwierige Wirtschaftslage, die durch karge Rohstoffquellen und große Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war, entscheidend an

einem möglichst engen Zusammenschluß mit Zentraleuropa interessiert.

Integration soll demokratisch von unten wachsen

Durch die Rom-Verträge hat der europäische Gedanke allerdings ein besonderes Gesicht bekommen: die Verschmelzung der Partnerländer zu einem einheitlichen Gebilde wird darin nicht ausschließlich als Politikum betrachtet, sondern vor allem als wirtschaftspolitisches Problem. Die Integration soll nicht mehr von oben herab diktiert, sondern auf demokratische Weise

von unten organisch aufgebaut werden. Das wirtschaftliche Geschehen soll dabei auf die politische Entwicklung in dem Sinne einwirken, daß es eines Tages den politischen Zusammenschluß erzwingt.

Wirtschaftliche Dynamik: Keine Angst vor Rezessionen

Der „Gemeinsame Markt“ hat bisher auf wirtschaftlichem Gebiet eine recht erhebliche Dynamik entwickelt: der Abbau von Kontingenten und Zollschränken hat bereits entscheidend zu einer Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Partnerländern beigetragen. Dies bestätigen nicht nur die Zuwachsraten des gegenseitigen Warenaustausches. Das derzeitige Wohlstandsniveau und der Grad der Wirtschaftsintegration steigen ständig. Die Gemeinschaft der Sechs verfügt heute über ein Wirtschaftspotential, das sich mit dem der USA und der UdSSR durchaus messen kann. Sicher, sie ist beiden schon allein wegen ihrer Abhängigkeit von fremden Rohstoffquellen noch unterlegen, aber sie holt ständig auf.

Aus der Feststellung, daß der Gemeinsame Markt auf die Drittländer angewiesen ist, ergibt sich nach offizieller italienischer Auffassung die Notwendigkeit, ihn in den größeren Rahmen der freien Weltwirtschaft einzubauen. Eine Abkapselung wäre fatal! Die Autarkiestrebungen der faschistischen Ära haben eine zu schwarze Erinnerung hinterlassen, als daß man sie wieder hervorgezogen sehen möchte. Nur auf der Grundlage des gegenseitigen Gebens und Nehmens über die Grenzen der EWG hinweg könnten der Wirtschaft die für sie erforderlichen Impulse vermittelt werden.

Rezessionserscheinungen, wie sie seit einiger Zeit beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland zu verzeichnen sind, werden in Rom keine nachhaltigen Wirkungen beigemessen — vielleicht, weil die italienische Wirtschaft noch unter dem Eindruck der Hochkonjunktur steht. In römischen Regierungskreisen ist man überhaupt der Meinung, daß es bei dem derzeitigen technischen Entwicklungstempo

müßig scheint, sich hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung allzu große Sorgen zu machen. Noch stehe man in einer Expansionsphase: Die Partner verfügten einerseits noch über ungenutzte Reserven (Mezzogiorno usw.), andererseits stiegen jeden Tag die Absatzmöglichkeiten in den Entwicklungsländern parallel mit der Hebung des dortigen Lebensstandards. So ist beispielsweise die Prognose einer Gruppe von EWG-Experten, nach der die europäische Automobilindustrie im Jahre 1965 in ernste Absatzschwierigkeiten geraten werde, mit Vorbehalt aufgenommen worden.

Freizügigkeit gibt Kraft

Freizügigkeit, das ist nach italienischer Meinung das Zauberwort, das der EWG weiterhin Kraft verleihen wird. Es soll auch bestimmend für die Beziehungen zu den Entwicklungsländern sein. Selbstverständlich ist die EWG auf gute Beziehungen zu diesen Ländern angewiesen, wenn sie sich die Rohstoffversorgung und die Absatzmärkte sichern will. Die Behörden in Brüssel sind aber gleichzeitig ehrlich darum bemüht, auch den Wünschen der Entwicklungsländer entgegenzukommen.

So sind die Assoziierungsverträge mit den afrikanischen Staaten dahingehend abgefaßt, daß die Monokulturen Schritt für Schritt abgebaut werden sollen, um den Weg für eine breite, differenziertere Produktionsbasis frei zu machen. Man ist sogar so weit gegangen, ihnen das Recht einzuräumen, ihre neuen Industrien mit Schutzzöllen zu umgeben; Brüssel hat ihnen sogar die Zollvorteile ohne Einschränkung zugestanden. Als letztes Hilfsmittel sei der von der Gemeinschaft eingerichtete Fonds erwähnt, aus dem im Laufe von fünf Jahren 800 Mill. \$ zugunsten der assoziierten Entwicklungsländer bereitgestellt werden (nachdem bereits 581 Mill. \$ zur Verfügung gestellt worden sind).

Von diesen Ländern ist das Verhalten der Gemeinschaft als „fair“ anerkannt worden: dies geht schon allein daraus hervor, daß Gebiete, die seinerzeit als Kolonien der Partnerländer dem Gemeinsamen

Markt angeschlossen wurden, nach ihrer Unabhängigkeitserklärung um den Assoziierungsstatus nachgesucht haben. Die EWG übt durch ihr verständnisvolles Bemühen um diese partnerschaftliche Zusammenarbeit eine Funktion von erheblicher Bedeutung aus, die wohl entscheidend zur Überwindung des „Odium des Kolonialismus“ beitragen wird.

Positive Stellung zum Eintritt Großbritanniens

Im Hinblick auf die oben ausgeführten wirtschaftlichen Gründe, aber auch mit Rücksicht auf politische Überlegungen steht Italien dem Eintritt Großbritanniens in die EWG positiv gegenüber: dem Ostblock, als dem großen Gegenspieler der Gemeinschaft, läßt sich kein „Kleineuropa“ entgegenhalten. Will man ihm gegenüber bestehen, muß möglichst eine gesamteuropäische Lösung verwirklicht werden; ohne England geht es auf keinen Fall.

Der Beitritt Englands bedeutet außerdem eine stärkere Verknüpfung Europas mit dem Commonwealth, was ja gerade im Interesse einer Ausweitung des Gemeinsamen Marktes liegt. England verfügt ferner über eine Schicht geschulter politischer Führungskräfte und über eine jahrhundertalte Erfahrung im Verhandeln auf weltweiter Ebene; beides kann den Brüsseler Behörden zugute kommen. Die Vorteile eines Beitritts Großbritanniens — so wird von kompetenter italienischer Seite erklärt — seien es sogar wert, daß man dabei Opfer in Kauf nimmt.

Diesem Standpunkt haben sich — im Gegensatz zu ihren englischen Gesinnungsgenossen — auch die italienischen Sozialisten (gedacht ist vornehmlich an Nenni Partito Socialista Italiano, PSI, aber auch an die zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallenden Saragat-Sozialdemokraten) angeschlossen. Als die Rom-Verträge dem Parlament zur Annahme vorgelegt worden waren, hatten sich die PSI-Sozialisten trotz ihrer engen Beziehungen zu den Kommunisten, die sich geschlossen gegen eine Aufnahme Englands aussprachen, der Stimme enthalten.

Vorsichtigerweise wollten sie damals „wait and see“. Heute hat der PSI einer englandfreundlichen EWG-Politik ausdrücklich seine Zustimmung gegeben. Daß seine wirtschaftspolitische Konzeption nicht mit der der Gemeinschaft übereinstimmt, stört ihn dabei nicht. Vielleicht hofft er, auf die Entscheidungen in Brüssel auf diese Weise leichter Einfluß nehmen zu können. Welcher Vertrag ist nicht interpretierbar?

Daß in der Tat bereits erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, hat die Diskussion über das Aktionsprogramm der EWG-Kommission gezeigt. Von Prof. Erhard ist dieses Programm bekanntlich auf der EWG-Ministerkonferenz in Straßburg aufs schärfste mit der Begründung angegriffen worden, daß es mit dem freiwirtschaftlichen Geiste der Rom-Verträge nicht vereinbar sei. Auf italienischer Seite steht man dieser Initiative nicht so ablehnend gegenüber wie der deutsche Wirtschaftsminister: in einer Gemeinschaft, deren Ziel die Arbeitsteilung nach dem Prinzip der Koordinierung und Spezialisierung ist, ist eine gewisse Programmierung unerläßlich. Sie soll die Richtung aufzeigen, in der die Produktivkräfte anzuregen sind.

Die Einstellung der Behörden in Rom besagt also: nicht Planung, sondern ein Rahmenprogramm, das die Freiheit des Marktes und der Unternehmer gewährleistet. Hiergegen läßt sich nichts einwenden. Es stimmt nur nachdenklich, daß die von Minister La Malfa für die italienische Wirtschaft entwickelten Grundsätze gerade auf dem Gebiet der nationalen Wirtschaftsprogramme dirigistische Züge aufweisen. Sollte etwa die linke Hand nicht wissen, was die rechte tut?

Die politische Konzeption

Eine klare Konzeption Roms vermißt man auch hinsichtlich des Endzieles: der politischen Integration. Man pflegt, auf vage Formulierungen auszuweichen oder hüllt sich in Schweigen. Was könnte man allerdings schon anderes tun? Italien hat bei den vielen innenpolitischen Schwierigkeiten nicht die Absicht,

sich auch noch zum Wortführer einer politischen supranationalen Integrationsbewegung zu machen. Es wäre hingegen jederzeit bereit, an der Verwirklichung einer „ver-

nünftigen Lösung“ mitzuarbeiten. Das bedeutet aber: Verzicht auf Souveränitätsrechte. Wer wird es da schon wagen, die Initiative zu ergreifen? (G. F.-H.)

NIEDERLANDE: Spezialisierung auf den Verkehr

Die Niederlande haben die EWG nicht in erster Linie auf Grund ihrer eventuellen wirtschaftlichen Möglichkeiten, sondern vor allen Dingen als ein zeitgegebenes Politikum akzeptiert.

Der Blick zum Meer

Wenn man in den Niederlanden die im Begriff „EWG“ verkörperten Integrationsbestrebungen nicht immer so recht verstehen will, so tragen vornehmlich eine Reihe von Bedenken auf wirtschaftlichem Gebiet Schuld daran. Dieses ursprünglich arme Land, das mehr Wasser als Land, eine große Bevölkerungsdichte und kaum Bodenschätze besitzt, hat sich schon vor mehreren Jahrhunderten notgedrungen dem Meere, dem Handel und Verkehr zugewandt, und dieser Umstand hat die Gesinnung der Niederländer geprägt. Da das Land die Menschen früher nicht ernähren konnte, wurden die Niederländer zu Kosmopoliten, die sich in economicis nun einmal nicht auf Gedeih und Verderb mit dem Kontinent verbunden fühlen konnten, sondern immer mit mindestens einem Auge auf das Meer schauen mußten. Diese Gesinnung hat sich trotz der intensivierten Agrarwirtschaft und der kräftigen Industrialisierung bis zum heutigen Tage behauptet.

Bedenkt man nun, daß die Geschichte die Niederländer zu Spezialisten im internationalen Verkehr und Handel gemacht hat, wird ihre leise Zurückhaltung, nicht gegenüber den Grundsätzen des Rom-Vertrags, sondern im Hinblick auf verschiedene Bestrebungen innerhalb der EWG verständlich. Grundsätzlich erklärt man sich hierzulande mit dem Inhalt des EWG-Vertrages, insbesondere mit dessen Forderungen nach internationaler Arbeitsteilung,

einverstanden. Einige national-egoistische Tendenzen in der bisherigen EWG-Politik verursachen jedoch ernsthafte Sorgen. Hier dürfte auch — abgesehen von politischen Erwägungen — die Wurzel des unbedingten niederländischen Wunsches liegen, daß Großbritannien der EWG beitreten soll, da man so zumindest eine Lockerung der Kontinentalgesinnung der beiden Großmächte der Gemeinschaft erhofft und erwartet.

Autarkische Tendenzen unnötig

Es ist daher verständlich, daß die Niederländer jegliche Autarkiebestrebungen in der EWG vorbehaltlos ablehnen. Sie fühlen sich aber in dieser Haltung auf Grund ihrer geographischen und wirtschaftlichen Lage noch immer nicht ganz beruhigt, wenn sie die offensichtliche Macht einer „grünen Front“ beobachten. Man hält autarkische Tendenzen auch überhaupt nicht für nötig, weil man — vor allem in der Industrie — davon überzeugt ist, daß die Errichtung des Gemeinsamen Marktes das Wohlstandsniveau der betreffenden Völker durch eine verbesserte Arbeitsteilung in der EWG, aber auch in den überseeischen Ländern und Gebieten weiterhin steigern kann. Außerdem wird der gemeinsame Außenzolltarif sich weniger prohibitiv auswirken als die ursprünglichen Tarife der Sechs.

Die anfänglich geographisch beschränkt geplante Wirtschaftsintegration kann sich wie ein Katalysator auswirken und wie ein Ölfleck über die Weltmeere auf große Wirtschaftsräume ausdehnen. Die Entwicklung des Überseehandels und -verkehrs zwischen einem sich integrierenden Europa und anderen Teilen der Erde wird durchaus optimistisch beurteilt, schon deshalb, weil durch diese intensivere

wirtschaftliche Verflechtung Europas mit den überseeischen Staaten bedeutende, zusätzliche Absatzmöglichkeiten erschlossen werden können.

Es handelt sich hier gewiß nicht um niederländische Wunschträume, denn zum Teil sind die hier als Möglichkeiten erwähnten Umstände bereits eingetreten.

Es liegt auf der Hand, daß die Lage der niederländischen Verkehrsträger und Häfen in diesen hypothetischen Überlegungen eine wichtige Rolle spielt. Die im Verkehrssektor dem Ausland erwiesenen Dienstleistungen stellen nun einmal eine der hauptsächlich niederländischen Exportmöglichkeiten dar, die einem Ausgleich zwischen der Zahlungsbilanz und der strukturell ungünstigen Handelsbilanz dienen sollen. Das gesamte niederländische Verkehrswesen würde von einer Ausdehnung des Überseehandels profitieren.

Doch abgesehen von den mit jeder Integration verbundenen Schwerpunktverlagerungen im Handel und Verkehr, bedeutet eine gewaltige Industrie-Ausdehnung im EWG-Raum noch nicht ohne weiteres, daß die niederländischen Seehäfen allein auf Grund ihrer anerkannt günstigen geographi-

schen Lage auch eine entsprechende Steigerung ihrer Aktivitäten erfahren werden. Die Wirtschaftsentwicklung vollzieht sich nämlich einerseits auch außerhalb des westeuropäischen Industriegebietes sehr schnell, während andererseits Entwicklungen, wie zum Beispiel die Einrichtung von Pipelines, den Wirkungskreis der mit dem Wachstum der westeuropäischen Industrie verbundenen Verkehrswege und -mittel verlagern können. Außerdem dürfte sich auch in anderen Teilen Europas der Bedarf an guten Verkehrsverbindungen mit Übersee ergeben, für den die niederländischen Seehäfen weniger günstig liegen.

Weltweite Dynamik

Die niederländische Wirtschaft geht ebenso wenig wie die niederländische Politik einer problemlosen Zukunft entgegen. Das dürfte aber auch für die Partnerstaaten gelten, und darin dürfte wieder eine Gewähr dafür liegen, daß die Gemeinschaft freier europäischer Staaten neben den ihr immanenten Kräften auch daraus eine ausreichende Dynamik aufbringen wird, um sich behaupten zu können.

Wenn man nun der Frage auf den Grund geht, wie man sich in den Niederlanden ein Gleichge-

wicht zwischen EWG, USA und UdSSR vorzustellen hat, so muß man feststellen, daß sich um dieses Problem kaum Gedanken gemacht werden, jedenfalls nicht — und das kann als repräsentativ für alle Niederländer gelten — um die ökonomische Seite dieses Problems. Wenn man sogar die EWG nicht als End- oder Selbstzweck, sondern als dynamischen Faktor im Weltgeschehen betrachtet, der nur bestehen kann, weil es „draußen“ ebenfalls wirtschaftliche Zusammenschlüsse oder Blocks gibt, die kaufen und verkaufen müssen, kann nur von einer weltweiten Dynamik die Rede sein, die allerdings nicht mehr wie früher gänzlich auf dem Wirtschaftsverkehr einzelner Staaten beruht. Zeitlich oder örtlich bedingte Gleichgewichtssituationen können möglich sein, aber kein zur statischen Sphäre gehörendes Gleichgewicht, nicht einmal in einem integrierten Europa.

Für alle Spekulationen und für alle tatsächlichen Entwicklungen gibt es jedoch eine grundlegende Voraussetzung: alle heutigen und zukünftigen Partner müssen sich zu den Prinzipien des Vertrages bekennen und ihnen die Treue halten, auch wenn es einmal schmerzlich sein sollte! (bvt)